

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 71 (1979)
Heft: 1

Rubrik: Zeitschriften-Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

für die «Schwarzarbeit» weder Steuern noch Sozialversicherungsbeiträge entrichtet werden. Auch wird darauf hingewiesen, dass in manchen Wirtschaftszweigen trotz der hohen Arbeitslosigkeit Mangel an Fachkräften besteht, die aus dem Arbeitslosenbestand nicht gewonnen werden können.

Durch das vom Kongress am 15. Oktober 1978 verabschiedete Steuerermässigungsgesetz, das mit 21,4 Mia Dollar den höchsten Steuernachlass in der Geschichte der USA beinhaltet, hofft man der Wirtschaft neuen Auftrieb zu geben, da insbesondere Investitionen und der Ertrag von Kapitalvermögen steuerlich begünstigt werden. Falls die daraus erwartete Förderung der Wirtschaft eintritt und Präsident Carters neuer Kampf gegen die Inflation Erfolge zeitigt, könnte der Wiederaufstieg des Dollarkurses Bestand halten; aber auch die Bestrebungen nach kürzerer Arbeitszeit würden wohl mit noch grösserem Nachdruck wieder vorgebracht werden als gegenwärtig.

Zeitschriften-Rundschau

Otto Böni

Hinweise

Immer dann, wenn öffentliche Betriebe mit Defizit arbeiten, wird in der bürgerlichen Presse herausgestrichen, dass der gleiche Betrieb in privatem Besitz ganz anders arbeiten und sogar Gewinn abwerfen könnte. Diese Artikelschreiber haben dann auch sofort ihnen sehr genehme Beispiele von Privatisierungen öffentlicher Betriebe zur Hand. In der österreichischen Gewerkschaftsmonatsschrift *«Arbeit und Wirtschaft»* (Dezember) versucht nun Erich Haas anhand einiger krasser Beispiele zu zeigen, wie und warum es vorkommen kann, dass ein privatisierter Betrieb plötzlich Gewinn abwirft. Das erste Beispiel aus Los Angeles ist besonders krass. Im Jahre 1936 gründete der amerikanische Automobilkonzern General Motors gemeinsam mit der Erdölfirma Standard Oil und der Reifenfirma Firestone die National City Line. «Diese kaufte nach und nach die Strassenbahngesellschaft Pacific Electric auf. Dann legte die National City Line nach und nach deren Linien still und setzte Busse ein, die von der General Motors stammten, von Firestone bereift wurden und mit Benzin von Standard Oil

angetrieben wurden. Wieder ein paar Jahre später wurde das Autobusnetz immer mehr eingeschränkt, bis es kaum noch Buslinien gab. Die Bewohner von Los Angeles sind praktisch ausschliesslich auf Privatwagen angewiesen. Von den vier Millionen Personenautos, die in Los Angeles gemeldet sind, stammen knapp die Hälfte von General Motors.» Als weitere Beispiele führt Haas Vorkommnisse in der BRD an, so die Müllabfuhr im Landkreis Göttingen, die Privatisierung der Gebäudereinigung in der Stadt Hildesheim und die der Schlachthöfe in Köln. Der Autor zieht auf Grund der dargestellten Fälle folgende Schlussfolgerung: «Eine betrieblich erfolgreiche, das heisst gewinnbringende Privatisierung ist in den meisten Fällen nur gegeben, wenn die Arbeitsleistung der Beschäftigten stark gesteigert wird, ihre Einkommen nachhaltig verschlechtert werden, wenn die Unternehmen Subventionen erhalten, die Qualität senken oder die Preise erhöhen.»

Der *«Vorwärts»*, das in Bonn erscheinende Wochenorgan der SPD, ist ein gutes Beispiel dafür, dass eine partei-gebundene Zeitung nicht langweilig zu

sein braucht und dass sie sich auch recht kritisch zu gewissen Beschlüssen der eigenen Partei äussern kann. Der «Vorwärts» hat redaktionell ein sehr breites Spektrum, und in ihm kommen auch die oppositionellen Minderheiten in der SPD reichlich zu Worte. So wurde immer wieder auch Kritik an der Haltung der SPD in bezug auf das Berufsverbot geübt. Dass die Opposition Recht hatte, zeigt nun der im Dezember durchgeführte Sonderparteitag der SPD in Köln. In Nummer 50/1978 des «Vorwärts» berichtet Gode Japs unter der Überschrift «Jetzt kommt es auf die Praxis an» über die Kursänderung der SPD im Extremistenerlass. So beschloss der Parteitag einstimmig: Die Grundlage für die Ablehnung eines Bewerbers für den öffentlichen Dienst darf nur «konkretes Verhalten» sein. Der Staat hat von der Vermutung auszugehen, dass der einzelne Bewerber die Gewähr der Verfassungstreue bietet. Eine Routineanfrage beim Verfassungsschutz findet nicht mehr statt.

Unter der Überschrift «Unser Lehrmeister ist der Hunger» berichtet das Organ des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG), die in Brüssel erscheinende «Freie Gewerkschaftswelt» (Nummer 339/340), über die aktuelle Situation in Chile. Dabei wird aufgezeigt, dass ein Hauptträger des Widerstandes gegen das chilenische Diktaturregime die Gewerkschaften sind, wo sich Christlichdemokraten, Sozialisten und Kommunisten auf ein einheitliches Vorgehen geeinigt haben. Wie realistisch der Titel des Beitrages ist, zeigen die angeführten Zahlen. Der Durchschnittslohn eines Arbeiters dürfte zwischen 110 und 200 Franken liegen. Doch allein die Kosten für die Befriedigung der elementarsten Lebensbedürfnisse wie Essen und Wohnen sind doppelt so hoch wie die Löhne. Das Preisniveau in Santiago entspricht un-

gefähr mitteleuropäischen Verhältnissen (eine einfache Hose kostet zum Beispiel 60 Franken). Die Arbeitslosigkeit in Chile dürfte ungefähr bei 30 Prozent liegen. Rund 50 Prozent der Arbeitslosen wird im Rahmen eines Arbeitsdienstes mit Strassenbau, Gebäuderenovationen und ähnlichem beschäftigt. Der Monatslohn dafür beträgt 70 Franken, und der Arbeiter ist weder kranken- noch sozialversichert. Auf die Frage an einen Gewerkschaftsführer, wie die chilenische Arbeiterbevölkerung unter diesen Umständen überleben kann, antwortete er: «Durch Wunder». Wie diese Wunder aussehen, erfährt man im zweiten Teil des kurzen Berichtes. Hier wird von Kinderprostitution, von Betteleien, von Notküchen berichtet. Der Leser erhält dabei einen bedrückenden Anschauungsunterricht über das Elend.

Selten dürfte ein Spielfilm soviel Diskussion ausgelöst haben, wie der am Reformationssonntag vom vergangenen Jahr vom Schweizer Fernsehen ausgestrahlte Streifen «Ursula». Sicher ist an diesem Film vieles problematisch, aber bei allen Mängeln darf man sagen, dass er diskussionsanregend war, Niveau hatte und den oft dümmlichen musikalischen Familienprogrammen hoch überlegen war. Eine gute Auseinandersetzung mit dem Film findet sich in Nummer 12 der «Schweizer Monatshefte». Neben den berechtigten, differenziert vorgetragenen Kritiken erwähnt der Autor, Anton Krättli, auch die positiven Seiten des Films wie beispielsweise die hervorragend inszenierten historischen Episoden, wie den Bildersturm oder die Belagerung von Musso am Comersee. Etwas daneben liegt Krättli, wenn er in seiner Kritik (der Film ist eine Gemeinschaftsproduktion der Fernsehstudios der DDR und der deutschen Schweiz) von Parallelen zu aktuellen Problemen und Vorgängen im sogenannten «realen Sozialismus» spricht.